



Medienmitteilung Nr. 1239

Bern und Langnau, 1. Juli 2026

## Nein zur Ernährungsinitiative

*Am 27. September 2026 wird die «Ernährungsinitiative» zur Abstimmung gelangen. Die SAB empfiehlt ein klares Nein zu dieser Initiative. Eine Annahme der Initiative würde die Bergland- und die Alpwirtschaft existenziell gefährden. In Hinblick auf die Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2030 erwartet die SAB, dass sich der Bund für eine Stärkung der Berglandwirtschaft einsetzt.*

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB lehnt die sogenannte «Ernährungsinitiative» entschieden ab. Die «Ernährungsinitiative» will den Netto-Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit landwirtschaftlichen Lebensmitteln erhöhen auf mindestens 70%. Dieses Ziel ist aus Sicht der SAB völlig unrealistisch. Aktuell liegt der Netto-Selbstversorgungsgrad bei 42%. Die Initiative will den Selbstversorgungsgrad insbesondere durch eine Umstellung der Tierwirtschaft auf pflanzliche Produktion erhöhen. Die Tierhaltung ist aber gerade im Berggebiet und noch ausgeprägter auf den Alpweiden die wichtigste Produktionsform. Auf Grund der klimatischen und topographischen Bedingungen kann die Viehzucht gar nicht oder nur sehr begrenzt durch pflanzenbasierte Produktion ersetzt werden. Die Initiative würde letztlich bedeuten, dass zahlreiche Berglandwirtschaftsbetriebe existenziell gefährdet würden und die Alpwirtschaft aufgegeben werden müsste. Dies hätte entsprechende Folgen mit einer Reduktion der landwirtschaftlichen Produktion, Verlust an Biodiversität, Verlust an offenen Flächen, erhöhten Naturgefahrenrisiken, Verlust an Arbeitsplätzen in vor- und nachgelagerten Bereichen, Verlust an Attraktivität für den Tourismus usw.

### Echte Reformen statt Zwängerei

Die «Ernährungsinitiative» beinhaltet neben der Stärkung der Selbstversorgung auch ein Sammelsurium weiterer Aspekte. So will sie den Kulturlandschutz verstärken, das Trinkwasser besser schützen, eine klimabewusste Landwirtschaft fördern und gegen Lebensmittelverschwendung ankämpfen. Die Initiative greift damit Anliegen von anderen Volksinitiativen (namentlich die Trinkwasser-, Pestizid- und Biodiversitätsinitiative) auf, die allesamt bereits durch das Stimmvolk abgelehnt wurden. Sowohl National- als auch Ständerat empfehlen denn auch die Ernährungsinitiative einstimmig (!) zur Ablehnung. Auch die SAB lehnt die Initiative klar ab. Es braucht ein möglichst grosses Nein, um den wiederkehrenden Angriffen auf die Landwirtschaft klar entgegenzutreten. Die Landwirtschaft und insbesondere die Berglandwirtschaft haben ganz andere Herausforderungen zu bewältigen, als sich praktisch jedes Jahr wieder mit schädlichen Volksinitiativen herumschlagen zu müssen.

### Ausgestaltung der Agrarpolitik ab 2030 ist entscheidend

Für die Berglandwirt- und Alpwirtschaft ist die zukünftige Ausgestaltung der Agrarpolitik entscheidend. Im September 2026 wird voraussichtlich die Vernehmlassung eröffnet zur Agrarpolitik 2030. Die SAB war in der vorbereitenden Arbeitsgruppe des Bundes vertreten und konnte die Vorlage mitgestalten. Die Vorlage nimmt zurecht das gesamte Ernährungssystem von den Landwirtinnen und Landwirten über die Verarbeiter und den Detailhandel bis hin zu

den Konsumentinnen und Konsumenten in den Fokus. Hierbei haben insbesondere regionale Produkte ein grosses Potenzial auf dem Markt und erfreuen sich bei den Kundinnen und Kunden einer grossen Beliebtheit. Dieses Potenzial gilt es, zusammen mit dem Detailhandel und dem Tourismus und Gemeinschaftsküchen etwa von Spitälern und Schulen noch stärker zu nutzen. Im Rahmen der zukünftigen Agrarpolitik muss auch die Einkommenssituation der Bergbäuerinnen und Bergbauern deutlich verbessert werden. Der Arbeitsverdienst pro Familienarbeitskraft liegt aktuell im Berggebiet bei lediglich 44'100 Franken. Bei Talbetrieben liegt er mit 75'300 wesentlich höher. Ferner muss die zukünftige Agrarpolitik auch Antworten liefern auf langfristige Herausforderungen wie den Klimawandel. Hierbei geht es unter anderem darum, die Wasserversorgung auf den Weiden zu verbessern. Dazu müssen die sogenannten Strukturverbesserungsmassnahmen des Bundes ausgebaut werden.

Für Rückfragen :

- Pius Kaufmann, Präsident der SAB, Tel. 079 457 29 10
- Thomas Egger, Direktor der SAB, Tel. 031 382 10 10